

Wir fordern deshalb als wichtigste Maßnahmen

- die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber,
- die Beschleunigung der Asylverfahren,
- die Ausweitung der Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten,
- die strikte Einhaltung der Dublin III-Verordnung und damit die Beendigung der rechtswidrigen Verschiebung von Asylbewerbern aus anderen EU-Staaten nach Deutschland,
- die Abschaffung von finanziellen Anreizen für Wirtschaftsflüchtlinge durch Reduzierung der Barleistungen,
- die ausnahmslose erkennungsdienstliche Erfassung von Asylbewerbern, notfalls durch Aufstockung von Personal,
- solange weiterhin gegen die Dublin-III-Verordnung verstoßen wird, fordern wir die unverzügliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen
- die Verschärfung der Nichtanerkennungsregeln bei Straftaten von Asylbewerbern,
- die Wiedereinführung der Visapflicht für die Staaten des Westbalkans, aus denen seit Jahren zehntausende von Asylbewerbern ohne jede Chance auf Anerkennung nach Deutschland drängen,
- die Einrichtung von Asylzentren jenseits der Außengrenzen der EU, aus denen nur noch anerkannte Asylbewerber in die EU einreisen dürfen,
- die Verteilung unbegleiteter minderjähriger „Flüchtlinge“ auf alle Bundesländer. Einschränkung des Missbrauchs (Altersbestimmung, Nachzugsregelungen).

Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Alt-Parteien?

Dann unterstützen Sie uns!

Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender! Mehr auf:

www.alternativefuer.de

Alternative für Deutschland

Schillstraße 9

10785 Berlin

E-Mail: bundesgeschaeftsstelle@alternativfuer.de

Telefon: (030) 265 583 70

www.alternativefuer.de

Alternative

für
Deutschland

JA zu Asyl! NEIN zu Missbrauch und Rechtsbruch!

Für eine Asylpolitik, die wirklich Verfolgte schützt,
aber Missbrauch verhindert!



alternativfuer.de

Alternative

für
Deutschland

Zahlen, die Klartext sprechen.

202.834

Asylanträge gab es in Deutschland im Jahre 2014, was fast eine Verzehnfachung zum Jahre 2007 bedeutet. Allein im 1. Halbjahr 2015 wurden bereits 180.000 „Flüchtlinge“ registriert. Für das Gesamtjahr wird eine weitere Steigerung auf bis zu **800.000** erwartet.

1 % Asylberechtigte nach Art. 16 a GG*

35 % Aufenthaltsberechtigte**

64 % abgelehnte, ausreisepflichtige Asylbewerber

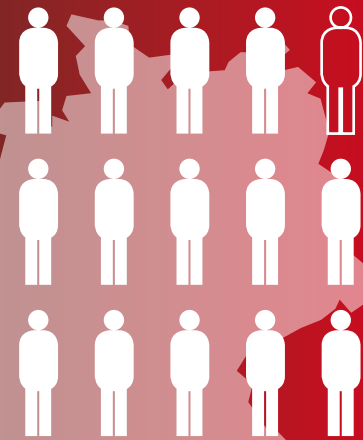


* Quelle: BAMF, Statistik Jan-Jun 2015. In Bayern liegt die Quote nach Angaben des Bayr. Staatsministeriums bei **0,2 % für das 1. HJ 2015!**
**nach Genfer Flüchtlingskonvention, gesetzlichen Abschiebeverboten und sonstigen Gründen

50% aller Asylanträge innerhalb Europas entfallen auf zwei Länder, nämlich Deutschland und Schweden.



140.000

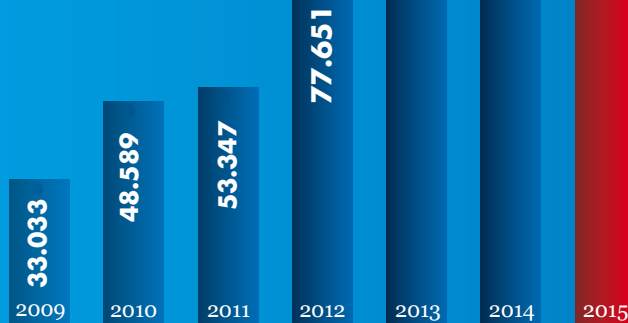


10.000

Anzahl der tatsächlich abgeschobenen Ausländer im Jahre 2014

Anzahl der abgelehnten ausreisepflichtigen Asylbewerber

Anzahl der Asylanträge in Deutschland von **2009 bis 2015**



800.000 (Prognose)

202.834

WAS WIR KRITISIEREN.

Die Asylpraxis verstößt gegen geltendes Recht und fördert den Missbrauch.

Das geltende Recht wird weder beachtet noch umgesetzt: Die Bundesländer schieben nur einen Bruchteil der Ausreisepflichtigen ab. Fast alle dieser Asylbewerber sind unter Missachtung geltenden EU-Rechts nach Deutschland gekommen.

Es gibt keine faire Lastenteilung innerhalb der EU.

Die Asylpolitik der Altparteien ist auf ganzer Linie gescheitert.

Um für die Aufnahme **wirklich Schutzbedürftiger** die nötigen Ressourcen bereitstellen und Akzeptanz in der Bevölkerung finden zu können, muss der Missbrauch des Asylrechts durch wirtschaftlich motivierte Zuwanderung unterbunden werden.

Das Asylrecht wird zum Zweck der Einwanderung missbraucht.

Asyl ist keine Lösung für Fachkräftemangel oder zur Kompensation des Bevölkerungsrückgangs.

Anzahl der unbegleiteten Minderjährigen („Flüchtlinge“ unter 18, die ohne Eltern nach Deutschland kommen) **2013 und 2015** am Beispiel Bayern

574

10.000

Prognose 2015

10 Mrd. EUR

Alleine die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Asylbewerber wird 2015 Kosten von mindestens 10 Milliarden Euro verursachen*.



* berechnet auf Grundlage der bayerischen Aufwendungen von 1,5 Mrd. für 2015 und dem Anteil Bayerns am Königsteiner Schlüssel